

Unternehmenssteuern sollen sinken

Erste Vorschläge werden noch vor der Sommerpause erwartet

Die steuerliche Belastung von Unternehmen ist ein wichtiger Standortfaktor. Luxemburg hat auf diesem Gebiet nach Ansicht der UEL an Attraktivität insbesondere gegenüber jungen EU-Mitgliedsstaaten aus Osteuropa eingebüßt. Der Dachverband der Patronatsverbände bestand am Montag auf die Einhaltung der im Tripartite-Vertrag 2006 festgehaltenen Vereinbarung, die Unternehmensbesteuerung zu optimieren. Neben der Reform des Pensionssystems einer von zwei wesentlichen noch ungeklärten Punkten, wie UEL-Präsident Michel Wurth betonte.

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Regierung und der UEL habe sich dem Thema angenom-

men. Noch vor der Sommerpause erwartet die Vereinigung konkrete Vorschläge, wie sich der steuerliche Rahmen für Betriebe in Luxemburg verbessern lässt. Ressortminister Luc Frieden kündigte konkrete Vorschläge im Laufe dieses Jahres an. Wurth erklärte, dass man entsprechende Maßnahmen nicht unabhängig von der Entwicklung der Haushaltslage treffen könne, noch dazu wenn sich das Umfeld als schwierig erweise. Doch Steuern seien auch eine Maßnahme, um Wachstum zu ermöglichen und zu erhalten, so der UEL-Präsident.

Der Direktor der Luxemburger Bankenvereinigung ABBL, Jean-Jacques Rommes, der als Verwaltungsratsmitglied der UEL den

Verband in der Arbeitsgruppe vertritt, sprach von einem „technisch extrem komplizierten“ Vorgang. Man könne nicht einfach nur den nominellen Steuersatz von derzeit rund 30 Prozent senken und z.B. Abschreibungsmöglichkeiten, die den realen Steuersatz bestimmen, streichen. Auf beiden Ebenen werde es Anpassungen geben müssen, erwartet Rommes. Luxemburg benötige einen nominellen Steuersatz, der als transparente Botschaft im Ausland genutzt wird, sowie einen Gestaltungsspielraum, der die individuellen Belange von Unternehmen aus verschiedenen Branchen berücksichtige. (aho)